



Open Data

Themenpapiere der Fraktion

Datensammlungen und Statistiken, Archive und Verwaltungsakten, Bauanträge und -genehmigungen, Geodaten und Buchhaltungsunterlagen – Verwaltungen und Behörden verfügen über zahllose Daten, die für die Öffentlichkeit teils gar nicht, teils nur auf Antrag zugänglich sind. Das will die Open-Data-Bewegung ändern. Sie möchte erreichen, dass möglichst viele Datenbestände der öffentlichen Hand frei zugänglich bereitgestellt werden, damit sie von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Unternehmen verwendet werden können. Dabei kommt es auf offene, maschinenlesbare Formate an, denn große Datenmengen erschließen sich nicht intuitiv. Sie werden erst nützlich, wenn sie automatisiert verarbeitet, aggregiert und nach selbst gesetzten Kriterien durchsucht werden können.

Der Zugang zu den staatlichen Informationsmonopolen der Verwaltungen, Ämter und Behörden ist Voraussetzung für eine erweiterte Teilhabe an demokratischen Prozessen. Nur wenn staatliches Verwaltungshandeln transparent wird, können Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen, die sie betreffen, beurteilen, hinterfragen und mitgestalten. Doch offene Daten haben nicht nur einen gesellschaftlichen, sondern auch einen

wirtschaftlichen Nutzen. Auf der Basis von Geodaten etwa entstehen Smartphone-Apps für Landkarten. Aus Messdaten zur Luftfeuchtigkeit werden Wetterinformationen. Fahrpläne des öffentlichen Nahverkehrs stellen die Grundlage für Navigationsdienste dar. Dank offener Schnittstellen, die den automatisierten Zugriff auf solche Daten ermöglichen, ist in den letzten Jahren ein gesteigertes öffentliches Interesse an diesen Daten entstanden. Diesem Interesse zu entsprechen, ist für die LINKE selbstverständlich. Die Daten dürfen nicht hinter Schloss und Riegel bleiben, sondern müssen „befreit“, freigegeben werden.

Derzeit ist Deutschland noch eine Open-Data-Wüste. Die Verwaltungskultur ist zu häufig noch auf „Closed“ orientiert und hütet die eigenen Daten wie einen Schatz. Zudem wird oft der Aufwand einer Offenlegung gescheut. Im Einklang mit der Open-Data-Bewegung und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen drängt die LINKE darauf, dass Bund, Länder und Kommunen ihre ersten Open-Data-Erfahrungen möglichst rasch ausbauen. Daten sollten dabei stets so zügig wie möglich und möglichst vollständig veröffentlicht werden. Sie sollten in maschinenlesbarer Form vorliegen und Informationen über die Quelle enthalten. Daten aufzufinden, zu durchsuchen und abzurufen, sollte möglichst einfach und barrierefrei möglich sein. Auch sollte das Material nicht mit Urheberrechten, Patenten oder Markenrechten belastet, sondern möglichst einschränkungsfrei zugänglich sein, und zwar dauerhaft. Steuerfinanzierte Daten sollen in der Regel kostenfrei bereitgestellt werden.

Weiterführende Informationen zum Thema wie
Parlamentarische Initiativen, Reden, Publikationen

oder Pressemitteilungen finden Sie über unsere
Suche.